



Gemeinsame Erklärung

DER FRAKTIONEN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG DER STADT COTTBUS/CHÓŠEBUZ:

Die Stadt Cottbus/Chóšebuz hat nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ihre Verantwortung für die Aufnahme und Versorgung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sehr ernst genommen. Insbesondere Frauen und Kinder sind in den ersten zwei Jahren des Krieges in der Ukraine in Cottbus/Chóšebuz aufgenommen worden.

Für die Bereitstellung von Unterkünften, von Kita- und Schulplätzen sowie Integrationsleistungen (u.a. Deutschkurse) hat unsere Stadt erhebliche personelle (häufig im Ehrenamt), materielle und finanzielle Aufwendungen geleistet. Zeitweise war unsere Stadt Drehkreuz zur Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine.

Für die Hilfen an die Ukraine und insbesondere für die bei uns aufgenommenen ukrainischen Flüchtlinge sind wir allen Helferinnen und Helfern dankbar, doch auch in Cottbus/Chóšebuz sind die Ressourcen für solche Hilfen nicht unendlich.

Die aktuellen Bemühungen der USA um einen Waffenstillstand sowie die Gespräche mit Russland ohne direkte Beteiligung der Ukraine sowie der Europäischen Union lassen uns befürchten, dass es noch nicht zu einem dauerhaften, allseits respektierten, international abgesicherten und nachhaltigen Frieden kommt. Damit könnte der Flüchtlingsstrom aus der Ukraine in die Bundesrepublik anhalten und auch zukünftig unsere Stadt weiter erheblich belasten.

Wir fordern daher die neue Bundesregierung ebenso wie die Landesregierung auf, angesichts dieser anhaltenden Herausforderungen den Kommunen wie Cottbus/Chóšebuz eine zusätzliche Gesundheits- und Sicherheitspauschale zur Verfügung zu stellen.

Diese dient der Sicherstellung des Lebensunterhalts Bedürftiger ebenso wie der Bemühungen um Integrationsangebote sowie einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. die Motivation, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Damit sollen zudem weitere Einschnitte für die Bürgerschaft vermieden werden.



Die Stadtverordnetenversammlung von Cottbus/Chósebus appelliert darüber hinaus an alle politisch Verantwortlichen in Russland, in den USA, in der Ukraine und in Europa:

- 1.** Unterstützen Sie alle diplomatischen Initiativen, die zu einem nachhaltigen Frieden führen und die es den Ukrainern erlauben, in Freiheit, Selbstbestimmung sowie in staatlicher und territorialer Souveränität zu leben.
- 2.** Die Bundesrepublik Deutschland soll innerhalb der Europäischen Union einen mit der Ukraine abgestimmten einheitlichen europäischen Friedens- und Deeskalationsplan initiieren.
- 3.** Unterstützen und organisieren Sie eine umfangreiche humanitäre Hilfe für die Ukraine, die den Wiederaufbau des zerstörten Landes und somit auch die Rückkehr der geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer in ihre Heimat gewährleistet. Die Stadt Cottbus/Chósebus wird sich auch nach einem Friedensschluss im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der humanitären Hilfe beteiligen.

Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus verurteilt militärische wie Cyber-Angriffe auf Nachbarstaaten und unterstützt das Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines solchen Angriffs.

Sie ruft alle friedensliebenden Menschen und Organisationen auf, sich für eine Welt einzusetzen, in der Konflikte durch Dialog und Verhandlungen anstelle von kriegerischen Handlungen gelöst werden.

gez.

Dr. Wolfgang Bialas

Vorsitzender

der Stadtverordnetenversammlung

Cottbus/Chósebus

gez.

Tobias Schick

Oberbürgermeister der

Stadt Cottbus/Chósebus

Diese Erklärung wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebus am 26.03.2025 mehrheitlich beschlossen.